Im Zuge der Corona-Krise fragen sich immer mehr Menschen, wer eigentlich das Sagen hat – staatliche Institutionen oder eher private Akteure aus der Wirtschafts- und Finanzsphäre. Dabei hat sich spätestens seit der Finanzkrise 2008 offenbart, dass die Entscheidungsmacht in den Händen mächtiger Bankhäuser oder Hedgefonds liegt. Die klebrige Nähe zwischen Politik und Wirtschaft wird zunehmend offensichtlicher, je mehr man deren Verstrickungen beleuchtet. Vor knapp sechs Jahren tat es der Literatur- und Medienwissenschaftler Joseph Vogl in seinem Buch «Der Souveränitätseffekt». Darin zeichnete der Berliner Professor in historischer Perspektive nach, wie jene Akteure den Staat mittels Finanzierung in die Logik des Marktes hineinzogen. Auf diese Weise sei ein unkontrolliertes „Finanzregime" entstanden, das sich sowohl rechtlich als auch institutionell schwer verorten lässt und der demokratischen Kontrolle entzogen bleibt. Von **Eugen Zentner**.

In seinem neuen Buch «Kapital und Ressentiment» knüpft er an diese These an, um anschließend zu zeigen, dass dieses Finanzregime sich mittlerweile zu einem Internet- und Plattformkapitalismus gewandelt hat. Darin gehen Finanzökonomie und Kommunikationstechnologien eine Fusion ein, die neue Kontroll- und Machtstrukturen bewirkt. Leider bleibt es über weite Strecken so abstrakt, wie es hier formuliert ist. Lebensnahe Beispiele, die dieses schwer zu greifende Phänomen unterfüttern, findet man nur in Ansätzen. In einem von ihnen veranschaulicht Vogl mithilfe der Steueroptimierung, inwiefern Tech-Konzerne wie Amazon, Facebook oder Apple gewisse Sonderrechte bzw. einen „Minderheitenschutz" genießen.

Als Pate steht für diese Technik der US-amerikanische Fahrdienstvermittler Uber, der wie viele Plattformunternehmen seiner Art sich gerne in Zonen mit günstiger Steuergesetzgebung niederlässt. Wer beispielsweise seine App in Belgien nutzt, tritt „mit keinem Angestellten oder Vertreter des Unternehmens in Kontakt, vielmehr wird die Zahlung automatisch über eine niederländische Tochtergesellschaft (…) abgewickelt, die über eine weitere niederländische Schwestergesellschaft (…) achtzig Prozent des fälligen Rechnungsbetrags an den Uber-Fahrer weiterreicht." Von den verbleibenden zwanzig Prozent führe Uber 99 Prozent als Lizenz an ein weiteres Tochterunternehmen ab, das mit Hauptsitz auf den Bermudas weder in den USA noch in den Niederlanden steuerpflichtig sei.

Solch lukrative Bedingungen der Kostenvermeidung ziehen wiederum die Aufmerksamkeit finanzökonomischer Player auf sich, die mit Investitionen in Tech-Konzerne ihr Kapital optimal vervielfachen können. Ebenfalls verlockend sind die Möglichkeiten eines Unternehmens wie Facebook, das sich als größter Lieferant von Informationen und als riesiger Verleger versteht. Allerdings hat dieses Publizieren, wie Vogl schreibt, paradoxe

Züge bekommen: „Wer veröffentlicht, ist nicht verantwortlich, wer aber Content verantwortet, betreibt keine Veröffentlichung." Sozialen Medien à la Facebook komme eine Autonomie zu, die sich vor allem darin spiegelt, dass sie über selbstgesetzte Normen verfügen. Sie seien weder für die eingestellten Inhalte noch umgekehrt dafür haftbar, wenn sie diese aus den einen oder anderen Gründen entfernen – „wie etwa die souveräne Sperrung präsidialer Accounts".

Plattformunternehmen operieren demnach aus einer rechtlich unbestimmten Grauzone heraus, die irgendwo zwischen dem öffentlichen und privaten Bereich liegt. Das macht sie nicht nur für die Finanzökonomie attraktiv, sondern auch für Regierungsinstitutionen. So entstehen Allianzen, mit denen sich die Grenze zwischen Politik und Digitalwirtschaft immer weiter verflüssigt: „Die Verflechtungen von Geheimdiensten, Ministerien, Militär oder Gesundheitsbehörden mit Plattformunternehmen – wie Suchmaschinen, sozialen Medien, Versandhändlern – reichen von der Gründung gemeinsamer Startups über bezahlte Suchaufträge, direktes Sponsoring, Datenanalyse und Datenaustausch bis hin zu Verträgen über die Nutzung privater Cloud-Dienste und werden durch informelle Absprachen und Arrangements ergänzt."

Solche Sätze werden heutzutage gerne als Verschwörungstheorien gebrandmarkt. Dass sie aber nicht aus der Luft gegriffen sind, weiß mittlerweile jeder, der auf den genannten Plattformen regelmäßig mit Regierungskritik aufgefallen ist. Wer auf YouTube oder Facebook beispielsweise auf Widersprüche und Ungereimtheiten der Corona-Politik hinweist, muss damit rechnen, dass sein Account gesperrt wird. Neuerdings flattern kritischen Journalisten oder Filmemachern sogar Kündigungen ihrer Bankkonten ins Haus – ohne Angabe von Gründen natürlich.

Genügend Beweismaterial gibt es allerdings auch aus der Zeit vor Corona. Vogl erinnert an die Verstrickungen des Softwareunternehmens Palantir Technologies, das wie kein anderes die Übergänge zwischen Finanz- bzw. Informationsindustrie, Sicherheitsdiensten und staatlichen Autoritäten repräsentiere. „Finanziert von Privatinvestoren", schreibt der Berliner Professor, „*venture capital* und CIA arbeitet es mit der Finanzbranche und mit Medienunternehmen (wie Thomas Reuters), mit US-Geheimdiensten und Einwanderungsbehörden, mit Gesundheitsämtern in den USA wie in Großbritannien, mit Polizeiapparaten von den Vereinigten Staaten bis Hessen oder Nordrhein-Westfalen zusammen und liefert Datenanalysen, die sich u.a. auf Mustererkennung und Softwarepannen, auf die Vorhersage von Börsentrends, Kaufverhalten, Epidemien, Terroraktionen oder Straftaten überhaupt beziehen."

Derartige Formulierungen lassen erkennen, dass der Text aus der Feder eines

Wissenschaftlers stammt, der es gewohnt ist, seiner Prosa einen theoretischen Anstrich zu geben. In seinen Sätzen wimmelt es nur so von Substantiven und abstrakten Begriffen, die es nicht unbedingt leicht machen, den Gedankengängen zu folgen. Als Strandlektüre eignet sich «Kapital und Ressentiment» eher weniger. Wer die darin beschriebenen Zusammenhänge verstehen will, muss die eine oder andere Passage mehrmals lesen. Aber selbst dann könnte sich das Gefühl einstellen, dass noch immer viele Fragen offengeblieben sind.

Angesichts des hohen Abstraktionsgrades erscheint es als unmöglich, alle Lücken selbst nach einer Relektüre zu schließen. Es ist auch nicht unwahrscheinlich, dass man danach mehr Fragen hat als vorher. Aber gerade darin besteht der Reiz dieses Buches, das Denkanstöße liefert, indem es Leerstellen produziert. Die Leistung des Autors kann nicht hoch genug geschätzt werden. Auf knapp 180 Seiten nimmt er sich eines Themas an, dessen Komplexität eine einfache Darstellung schier unmöglich macht. Umso beachtlicher ist es, mit welcher analytischen Schärfe Joseph Vogl die vielschichtigen Prozesse seziert. Die Ausführungen bewegen sich auf einem intellektuell beachtlichen Niveau und zeugen von Esprit, der für das eine oder andere Aha-Erlebnis sorgt.

Auf relativ wenig Raum werden neue Machtformen im digitalen Kapitalismus skizziert, zu dessen wichtigster Ressource die Information geworden ist. Als Taktgeber fungieren hier die allbekannten Tech-Unternehmen, deren Macht daraus hervorgeht, dass sie nicht auf Märkten tätig sind, sondern sich selbst als Märkte installieren. Das macht sie zu Monopolisten und versetzt sie in eine Position, aus der sie ihre Nutzer animieren können, so viele Informationen wie möglich preiszugeben. Vogl spricht hier von „Produsern“. Solche Sinnzusammenhänge machen «Kapital und Ressentiment» zu einem ungeheuer interessanten Werk, das über gängige Auseinandersetzungen mit wirtschaftlichen Entwicklungen hinausgeht. Und auch wenn es in einer objektiven, neutralen Sprache geschrieben ist – kritische Töne sind dennoch deutlich herauszuhören.

Joseph Vogl: Kapital und Ressentiment. Eine kurze Theorie der Gegenwart, C. H. Beck Verlag, 224 Seiten, Hardcover, 18 Euro